



# **NRW-LANDESREGIERUNG WILL GRUNDRECHTE EINSCHRÄNKEN: NEUES VERSAMMLUNGS- GESETZ VERHINDERN!**

**WIR RUFEN DAZU AUF, UNSER GRUNDRECHT AUF  
VERSAMMLUNGSFREIHEIT ZU VERTEIDIGEN.**

**KOMM ZUR DEMO AM 19. JUNI 2021!**

**» Start 15.00 / Dr.-Ruer-Platz, Bochum**

Die Demonstration wird unter Wahrung der derzeitigen Hygieneregeln stattfinden! Coronaleugner\*innen und Querdenker\*innen sind auf der Demonstration nicht erwünscht!

**Bochumer Bündnis  
Versammlungs(verhinderungs)gesetz stoppen  
Grundrechte erhalten  
#VersGNRWstoppen #NoVersGNRW**

Der Entwurf von Schwarz-Gelb für ein Versammlungsgesetz NRW ist eine massive Bedrohung für demokratische Grundrechte. Statt politische Mitbestimmung zu gewährleisten, räumt der Gesetzesentwurf Polizei und Staatsapparat großen Spielraum ein, um einzuschüchtern und unerwünschten Protest zu kriminalisieren.

- » **Wir wehren uns gegen ein Gesetz**, das es der Polizei erlaubt, Menschen willkürlich von Versammlungen und Demonstrationen auszuschließen. Die vage Vermutung der Polizei vor Ort soll ausreichen, ein zentrales Grundrecht einzuschränken. Angesichts rechter Strukturen in der Polizei ist diese Entwicklung umso besorgniserregender.
- » **Wir wehren uns gegen ein Gesetz**, das antifaschistischen Widerstand kriminalisiert. Wer Naziaufmärsche blockieren und verhindern will, dass menschenverachtende Parolen weiter Fuß fassen, muss mit bis zu zwei Jahren Haft rechnen. Dieses Störverbot betrifft nicht nur die Blockaden, sondern auch die Vorbereitung darauf. Dass uns dieses Gesetz als „Kampf gegen rechts“ verkauft wird, ist also mehr als zynisch.
- » **Wir wehren uns gegen ein Gesetz**, das vorrangig Interessen von Konzernen schützt. Unter dem Deckmantel der Sicherheit wird Widerstand gegen die umweltvernichtende Politik von RWE und BAYER weiter erschwert und kriminalisiert. Das Gesetz kann in Zukunft leicht dafür missbraucht werden, auch gewerkschaftliche Proteste vor Aktionärsversammlungen und Konzern-Zentralen zu verbieten.
- » **Wir wehren uns gegen ein Gesetz**, nach dem schon einheitliche Kleidung ausreicht, um eine Versammlung aufzulösen. Warnwesten und Motto-Shirts kann die Polizei als „militantes Auftreten“ interpretieren. Die Betroffenen riskieren Strafanzeigen und bis zu zwei Jahren Haft. Auch wenn Du vielleicht keinen weißen Maler-anzug oder schwarzen Kapuzenpulli trägst – gemeint sind wir alle!

Die Gesetzesvorlage ist wie das Polizeigesetz NRW (2018) Teil einer autoritären Sicherheitspolitik. Sie macht deutlich, dass die Landesregierung nicht bereit ist, Widerspruch auszuhalten. Für sie ist Protest nur eine Gefahr für den reibungslosen Betriebsablauf. Aber für uns heißt politische Mitbestimmung mehr als ein Kreuz alle paar Jahre. Um für unsere Interessen und eine bessere Zukunft einzutreten, müssen wir uns zusammenschließen und auf die Straße gehen können, ohne kriminalisiert zu werden. Das neue Gesetz wird jedoch noch mehr Menschen davon abschrecken. Aber das wollen wir verhindern!